

DKP Köln
Kreismitgliederversammlung 30./31 Mai 2015
Bericht

„...Kommunen werden zunehmend unter ein Spardiktat gestellt und ihrer Budgetrechte beraubt. Maßnahmen, die gegenüber den Peripherie-Ländern der EU angewandt werden, kommen zunehmend auch im Inneren zur Anwendung. Die Kommunen werden in Deutschland die Hauptlast des Fiskalpakts zu tragen haben. Wenn es keine stärkere Gegenwehr der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, der Kommunisten sowie der anderen linken und aller anderen demokratischen Kräfte gibt, werden sich Nationalismus, Egoismus, Rassismus und Hass auf Migrantinnen und Migranten noch weiter ausbreiten. Populistische Parteien der extremen Rechten sowie offen faschistische Kräfte könnten in EU-Europa und auch in Deutschland weiter an Zustimmung gewinnen.“

Das steht im Entwurf zum Leitantrag.

Und auch das folgende: „Die Zeit ist auch in der Bundesrepublik Deutschland reif, die Bewegungen und Kämpfe zusammenzuführen, denn gemeinsamer Nenner sind schon heute - in Zeiten einer tiefen wirtschaftlichen und sozialen Krise - die Verteidigung der Rechte der Lohnabhängigen, der sozialen Grundrechte und der bürgerlichen Demokratie sowie die Forderung nach echten Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten.“

Es gab indes Kritik am Leitantrag. Eine lautet wie folgt: „Der Landesvorstand der Berliner DKP vertritt den Standpunkt, dass der PV-Antrag zum 20. Parteitag in keinerlei Weise die Partei voranbringt. Während sich Positionen der Politischen Thesen, ohne dies klar zu kennzeichnen, in dem Antrag wiederfinden, fehlt gleichzeitig eine Analyse der real ablaufenden Klassenkämpfe und daraus resultierenden Aufgaben für die Partei. In diesem Sinne ist der Antrag auch ungeeignet, zur Qualifizierung der politischen Arbeit in den Grundgliederungen der Partei beizutragen. Anstatt den Gruppen und Bezirken in dieser Situation einen Kompass an die Hand zu geben, WIE in der Krise Kommunistinnen und Kommunisten kämpfen müssen, wurde ein Antrag bearbeitet, der im besten Falle wie die politische Resolution des 19. Parteitages in der Partei keine Rolle spielt. In diesem Sinne lehnt der Berliner Landesvorstand den PV-Antrag zum 20. Parteitag grundsätzlich ab und leitet Schritte zur Erarbeitung eines Antrags ein, um eine Richtschnur zum Handeln der Partei im Krisenverlauf zu schaffen.“ Mit Hinweis auf Griechenland hatten die Berliner Genossinnen und Genossen zuvor kritisiert: „Wenn der PV-Antrag solche Erfahrungen zum Vorbild nimmt, damit ‚breite Allianzen entstehen‘, entbehrt es nicht einer gewissen inneren Logik, wenn zwei Seiten später eine ‚engere Zusammenarbeit der kommunistischen, Arbeiter- und Linksparteien‘ als Aufgabenstellung festgehalten wird.“ Offenkundig lehnt die Berliner Landesvorstand eine solche Zusammenarbeit ab.

Liebe Genossinnen und Genossen,
ihr merkt, ich spreche nicht vom aktuellen Entwurf des Leitantrags zum 21. Parteitag, sondern von dem des 20. Parteitags. Im Gegensatz zu den Berlinern gefiel er mir. Ich hatte ihn in meinem Bericht an die KMV vom 20. Oktober 2012 zustimmend zitiert. Mittlerweile ist der 20. Parteitag vergangen und ebenso seine politische Resolution, die zu großen Teilen aus dem Entwurf der Berliner stammt. Aber es lohnt, sich den in Mörfelden und Hannover verworfenen Leitantragsentwurf zu Gemüte zu führen. Ich hatte im Oktober 2012 betont, daß er „der gesamten Partei eine sehr genaue Orientierung geben kann, insbesondere durch das Gewicht, das auf den aktuellen Kampf um Demokratie gelegt wird.“ Das kann er heute noch, während im aktuellen Leitantrag der Kampf um Demokratie keine Rolle mehr spielt, schon gar nicht der für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt, bekanntlich ein Kernbestandteil unserer Strategie im Kampf um die Zurückdrängung der Macht des Monopolkapitals und für die Öffnung des Weges

zum Sozialismus.

Die Kommunalwahl vom 25. Mai 2014 konnte in Köln erst in der vergangenen Woche abgeschlossen werden. Ein Jahr hatte die Auseinandersetzung um die Neuauszählung in einem Briefwahlstimmbezirk in Rodenkirchen gedauert. Am 19. Mai war es so weit. Erwartungsgemäß verlor Jochen Ott, der Vorsitzende der Kölner SPD, Mitglied des Landtags und OB-Kandidat, sein Ratsmandat. Er mußte ihn an ein Mitglied der CDU abgeben. Damit verloren Grüne und SPD ihre knappe Mehrheit.

Am 26. Mai 2014, am Tag nach dem Wahlgang vor ziemlich genau einem Jahr, lautete die Schlagzeile der Kölnischen Rundschau:

„Rot-Grün siegt nach Zitterpartie“. Die Zeitung stellte damals fest, dass SPD und Grüne bei 90 Sitzen im Stadtrat mit 45 Sitzen plus der Stimme des Oberbürgermeisters erneut über eine, wenn auch denkbar knappe, Mehrheit verfügten. Aber wieso Zitterpartie? Was hatte das Zittern bei dem CDU-nahen Blatt ausgelöst? Es war die Sorge davor, daß SPD und Grüne auf Vereinbarungen mit der PDL angewiesen sein würden. Bis vor einer Woche blieb die Stadtpolitik davon verschont. Tatsächlich aber konnten wir in Auswertung der Kölner Kommunalwahl feststellen, daß sich die Zusammensetzung des Kölner Stadtrats nach links verschoben hat. Und das gilt auch nach der Neuauszählung. Die PDL hatte mehr als zwei Prozentpunkte gewonnen und verfügt über sechs Sitze, zwei mehr als vorher. Die SPD hat zu Lasten der Grünen (vorher 20, jetzt 18) immerhin noch einen Sitz mehr (jetzt 26). Pro Köln auf der anderen Seite verfügt nur noch über zwei von vorher fünf Sitzen. So haben sich die antirassistischen Aktivitäten gegen Pro Köln ausgezahlt. Leider konnte die AfD drei Sitze erlangen und eine Fraktion bilden. Die FDP bekam von vorher 9 Sitzen nur noch fünf, die CDU verfügt seit dem 19. Mai wie vorher über 25 Sitze. Neu sind zwei Piraten im Rat, die Gruppe „Deine Freunde“ bekamen einen Sitz dazu, haben jetzt zwei. Die Freien Wähler, eher rechts und profiliert als Gegner des Jüdischen Museums, errangen mit 0,4 % der Stimmen einen Sitz.

Aber wenn wir mit Vorbehalt das eher rechte Lager (CDU, FDP, PK, AfD, FW) mit dem eher linken vergleichen (SPD, Grüne, PDL, DF, Piraten), dann wird das veränderte Kräfteverhältnis noch deutlicher. Vor der Wahl stand es 40 zu 50, nach der Neuauszählung immer noch 36 zu 54. Eine derartige Linksverschiebung nach der Kommunalwahl weisen vergleichbare Städte in NRW nicht auf.

In Köln haben sich außerparlamentarische Bewegungen ausgewirkt. Die Wahlbeteiligung blieb zwar unter 50%. Und es sind diejenigen, die arm, arbeitslos oder prekär beschäftigt sind, die nichts mehr von einer Wahlentscheidung erwarten. Aber diejenigen, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, haben die Aktivitäten gegen Kürzungen im Sozialbereich im städtischen Haushalte und gegen die Wohnungsnot honoriert. Wirksam war der zähe Kampf gegen Pro Köln. Die DKP Köln war in unterschiedlicher Weise Teil dieser außerparlamentarischen Bewegungen. Aber wir haben auch gewagt zu kandidieren. Wir konnten in Innenstadt und Kalk Kandidatenlisten aufstellen und eine hinreichende Anzahl von Unterstützungsunterschriften sammeln. Diese Ergebnisse indes fielen mehr als bescheiden aus: 112 bzw. 57 Stimmen, jeweils 0,1%.

Aber wir konnten festhalten, dass wir mit unseren Kleinzeitungen, Aktionen und einigen Materialien, mit gut platzierter Plakatierung sowie einer richtigen kommunalpolitischen Schwerpunktsetzung („Mieten runter! Wohnraum schaffen!“) zu dieser Linksentwicklung beigetragen haben. Dazu gehört auch das Abschneiden der Mülheimer Bürgerliste (492 Stimmen =1,06 %), an der Mitglieder der DKP sehr engagiert beteiligt waren. Es wurde von ihr selbst als Erfolg gewertet, der zum Weitermachen ermutigt. Die Wahlbeteiligung bietet darüber hinaus die Gelegenheit, die Wirkung unserer politischen Arbeit abzurechnen, Rechenschaft über sie abzulegen. Im Ergebnis können wir festhalten, daß wir mit unseren begrenzten Kräften merklich Einfluß auf das politische Geschehen in der Stadt genommen und an Ausstrahlung gewonnen haben.

Die Frage ist indes, was aus den Erwartungen der Wähler gemacht wird. Was macht der Stadtrat aus diesem Wahlergebnis, wie erfüllt er den Wählerauftrag?

Werden die städtischen Kürzungsprogramme gestoppt? Wird es mehr und günstigeren Wohnraum geben? Wird den Wohnungs- und Grundstückspekulanten ein Riegel vorgeschoben?

Im Dezember 2012 wurde im Rathaus der Doppelhaushalt 2013/14 eingebracht. Jährliches Volumen 3,7 Mrd Euro. Die Stadt behauptete auf ihrer Homepage, daß sie 102 Millionen Euro einsparen wolle. Es erhob sich Protest. Die Wohlfahrtsverbände kündigten Widerstand an. Eltern wollten den Offenen Ganzttag retten. Erzieherinnen protestierten gegen die Vergrößerung der Gruppen. Es kamen die bedrohten Bürgerhäuser und Bürgerzentren dazu. Am 16. März 2013 gab es eine große Kundgebung auf dem Neumarkt. Jetzt war städtischerseits nur noch von 37 Mio die Rede, um die gekürzt werden solle. Als der Stadtrat am 30. April den Haushalt 2013/14 schließlich verabschiedete, verblieben an Streichungen im Sozialetat noch 16,8 Mio. Die Protestbewegung hat folglich 20,2 Mio Euro retten können. Trotz dieser Abmilderungen blieb der Doppelhaushalt 2013/14 ein Katalog sozialer Grausamkeiten. SPD und Grüne wollten ihn aus der öffentlichen Diskussion im Kommunalwahlkampf heraushalten. Es ist ihnen nicht gelungen.

Geholfen hat dabei, daß das Bündnis „UmFAIRteilen statt Kaputtkürzen“ die kommunalen Kürzungen in den Zusammenhang mit den Umverteilungsmaschinen Fiskalpakt und ESM gestellt hat und seine Forderungen nicht auf Umschichtungsmaßnahmen im Haushalt beschränkte. Es ging uns auch nicht nur um sogenannte Prestigeprojekte. Durch die Verknüpfung mit der Frage Arm und Reich blieb das Ausmaß und die Dramatik der Kürzungsmaßnahmen sichtbar, konnte sich gegen Banken und Großkonzerne richten und so die notwendige Breite erreichen. Wir forderten: Streichen bei den Reichen statt Sparen bei den Armen!

Für die Betroffenen hat es sich gelohnt, gegen die Kürzungsmaßnahmen auf die Straße zu gehen. Das konnten wir auf der KV-Sitzung im Oktober 2013 befriedigt feststellen. Und zunächst haben wir damit den diesbezüglichen Arbeitsauftrag der KMV vom 20. Oktober 2012 erfüllt. Der Text hatte den Titel Arbeitsorientierung und beginnt wie folgt: „Die Krise wird von den Herrschenden zu weiterem Demokratie- und Sozialabbau sowie zu Lohnkürzungen benutzt. Steuergeschenke für die Reichen - Schuldenbremsen für die öffentlichen Haushalte. Die sogenannte Schuldenkrise gibt der Umverteilung von unten nach oben neuen Schub. Dagegen organisieren wir Opposition und stärken die DKP.“

Aber es war zugleich davor zu warnen, daß es im Haushalt 2015 wieder um eine dreistellige Millionenanzahl gehen würde.

Und so kam es. Im Dezember 2014 wurde die nächste Runde eingeläutet. Die Verabschiedung des Haushalts 2015 steht am 23. Juni auf der TO des Stadtrats. Wieder geht es um Kürzungen.

Insgesamt von 170 Mio Euro. Wieder steht der Sozialetat im Mittelpunkt der Proteste.

Für den 12. Mai hatte die Kölner Liga der Wohlfahrtsverbände Veranlassung, zu einer Demonstration gegen die Kürzungen aufzurufen. Unter den Fenstern des Rathauses versammelten sich Betroffene aus den Bereichen Schulkinderbetreuung, offene Kinder- und Jugendarbeit, Erziehungs- und Familienberatung, Gemeinwesenarbeit, Bürgerzentren und interkulturelle Zentren, Arbeitslosenberatung, Schuldnerberatung, Suchtberatung, offene Seniorenarbeit, Seniorennetzwerke.

Die angekündigte Deckungslücke erreicht einen zweistelligen Millionenbereich. Es droht die Zerschlagung ganzer Strukturen, zu deutsch: Entlassungen. Besonders Angebote für Kinder und Jugendliche werden betroffen sein. Die Bürgerhäuser und Bürgerzentren sollen 560 000 Euro einsparen und nicht etwa, wie ursprünglich vorgesehen, 320 000 Euro mehr erhalten, um die seit 2009 gestiegenen Personal- und Energiekosten auszugleichen. Viel Zeit bleibt nicht für die Organisation der fälligen Proteste.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Am 30. Januar berichtete die KR unter der Überschrift „Mieten moderat gestiegen“ über den neuen Mietspiegel. „Fakt ist, daß die Mieten in den vergangenen zwei Jahren gestiegen sind“, sagt Jürgen Becher, Geschäftsführer des Mietervereins. Fakt sei auch, daß bei Wiedervermietungen erhebliche Preissprünge zu beobachten seien. Die Nettokaltmiete für eine Drei-Zimmer-Wohnung mit circa 70 m², die im Jahr 2006 8,50 Euro pro m² betrug, kostete im Jahr 2014 schon 11,30 Euro, das sind nach meiner Rechnung 33% mehr. Auf dieser Grundlage steigen auch die Bodenrichtwerte. Allein von 2012 auf 2013 beim Geschosswohnungsbau um 5%, bei Einfamilienhäusern um 15%. Nach dem Wohnungsbaubericht liegt der durchschnittliche Baulandpreis für freistehende Ein- und Zweifamilienhäuser inzwischen bei über 1.000 Euro/m² und für den Geschosswohnungsbau bei 600 Euro/m².

In Köln gibt es zu wenige Wohnungen und die wenigen Wohnungen, die auf den Markt kommen, sind immer weniger bezahlbar.

Angesichts dieser Tatsachen und der kommenden Kommunalwahl hat der Kölner Stadtrat im Dezember 2013 drei wohnungspolitische Maßnahmen beschlossen. Zum Zwecke der Ankurbelung des sozialen Wohnungsbaus und des Erhalt von sozial gemischten Stadtteilen sollen erstens Milieuschutzsatzungen erstellt werden. Zweitens will der Stadtrat mit dem „Kooperativen Baulandmodell“ und drittens mit dem Sonderprogramm „Bezahlbaren Wohnraum sichern“ mehr Förderung von Sozialem Wohnungsbau erreichen. Er verspricht den Bauherren 150 Euro pro qm, wenn in den teuren Stadtteilen Wohnraum für Einkommensschwache geschaffen würde. Das Programm ist aber bei zwei Millionen Euro gedeckelt. Damit kann man 150 Wohnungen fördern. Das wird nicht reichen. Die Stadt verfehlt ohnehin ihr Ziel von jährlich 1.000 neuer geförderter Mietwohnungen. Angesichts des geringen Zinsniveaus empfinden Bauherren gegenwärtig die Sozialbindung als vermeidbare Belastung und lassen öffentliches Baugeld liegen. 2013 wurden 324 geförderte Mietwohnungen bezugsfertig, gleichzeitig fielen aber 1400 Sozialwohnungen aus der Bindung. Dieses Ergebnis liegt damit um fast die Hälfte unter dem Wert von 2012 (635 Wohnungen) und weit unter dem langjährigen Durchschnitt von 720. Der Anteil der öffentlich geförderten Mietwohnungen an den insgesamt in 2013 fertig gestellten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (2.219) lag bei 15 Prozent. Dabei hat fast die Hälfte aller Kölner Anspruch auf eine Sozialwohnung.

Der Rückgang der Zahl der Mietwohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung hat sich somit weiter fortgesetzt. Betrug die Zahl geförderter Mietwohnungen im Jahr 2000 noch 65 000, lag deren Zahl Ende 2013 nur noch bei 40 000. Ein Schwund von 25 000. Der Anteil am Gesamtwohnungsbestand ist von 12,5 Prozent im Jahr 2000 auf 7,4 Prozent Ende 2013 gesunken. Und die neueren Zahlen belegen, daß es keine Trendwende gibt.

Aber es geht nicht nur um Sozialwohnungen. Schon der pure Mangel an Wohnraum läßt die Mieten steigen. Zudem kann das Zugeständnis zeitweiliger Mietpreisbindung eine Subventionierung, die an die Gesamthöhe der Baukosten heranreicht, nicht rechtfertigen, abgesehen davon, daß auch solche Maßnahmen die Bodenpreise steigen lassen. Wohnungen, die mit öffentlichen Geldern gebaut werden, sollten in öffentliches Eigentum übernommen werden.

Wer die Mieten mit marktwirtschaftlichen Mitteln bändigen will, muss das jährliche Bauvolumen über den drängenden Bedarf heben, also mindestens 4000 neue Wohnungen im Jahr bauen. Die Grünen forderten in ihrem kommunalen Wahlprogramm sogar 5000 neue Wohnungen. Büroflächen werden großzügig über Bedarf bereit gehalten. Büroleerstand wird steuerlich begünstigt. Mit der Folge, daß allein in Köln 700 000 Quadratmeter Büroflächen auf Mieter warten. Wir wollen keine weiteren Büropaläste in der Innenstadt. Leerstehende Büros sollten in Wohnungen umgewandelt werden.

Skandalös sind die Preiserhöhungen bei Strom und Gas. Immer mehr Betriebe können sich die

Umlage nach dem Erneuerbaren-Energie-Gesetz ersparen, während der Endverbraucher zur Kasse gebeten wird. Jährlich werden 300 000 Stromkunden in der Republik und 10 000 Haushalten in Köln der Strom abgestellt. Das muß aufhören.

Köln ist sprichwörtlich berühmt für seinen Klüngel, insbesondere für die Spekulation mit Grundstücken und Immobilien. Wenn in diesen Tagen der Oppenheim-Prozess zuende geht, werden wir indes keinerlei Aufklärung über die ÖPP-Geschäfte des Oppenheim-Esch-Fonds erhalten, abgesehen, daß sie Werner Rügemer schon vor Jahren enthüllt hat. Angeklagt sind die Manager und ehemaligen Eigentümer der Untreue zuungunsten ihrer Bank und das auch erst, nachdem Sal. Oppenheim im Jahre 2010 von der Deutschen Bank übernommen wurde. Auch bei Paul Bouwens-Adenauer, dessen Geschäfte mit dem Gelände der Dombrauerei vor einigen Jahren zulasten der Landeskasse bekannt wurden, warten wir noch auf eine Anklage.

Jahrelang wurde vergeblich von der Renovierungsbedürftigkeit des Stadtmuseums geredet. Ende März vergangenen Jahres berichtete die KR von einem Vorschlag von OB Roters. Er hatte ihn auf dem jährlichen Herrenessen der Freunde des Kölnischen Stadtmuseums vorgetragen. Auf dem Roncalliplatz schlage das Herz der Stadt, hier solle die Historische Mitte Kölns gestärkt werden, mit dem Römisch-Germanischen Museum sowie dem Kölnischen Stadtmuseum und den Schätzen der Kathedrale an seiner Seite. „Da drängt sich für Roters die Frage nach einem gemeinsamen Bauvorhaben geradezu auf, einem Neubau, der auf dem Areal des mittelalterlichen Bischofspalastes, auf einer Grundfläche von 2400 Quadratmetern, die Lösung gleich mehrerer Herausforderungen und zugleich eine Chance zum Ausbau und zur Neuausrichtung beider städtischer Museen sein könnte.“ (KR 29. März)

Am 1. April läßt die KR die Katze aus dem Sack. „Wird für das Museum nun, wie erwogen, ein Neubau am Roncalliplatz errichtet, steht das Baudenkmal wieder für eine neue Verwendung zur Verfügung - und dafür gibt es bereits eine Reihe von Ideen.“

Auch der Verkauf wird erwogen.

FDP-Fraktionschef Ralph Sterck: „Bei einem so großen und bedeutenden Gebäudekomplex in bester Lage müsse die Frage der Veräußerung erlaubt sein.“

Herrlich.

„Und wie wäre es mit dem Zeughaus als Hotel? ‚Der Standort ist natürlich sehr gut und die Immobilie ein Leckerbissen‘, sagt Jörn-Carsten Zobel, der mit dem Umbau historischer Gebäude reichlich Erfahrungen hat.“

„Natürlich kann man auch ein Hotel daraus machen, dessen Interieur einen besonderen Bezug zur Historie der Stadt haben sollte“ zitiert die Zeitung Bernd Odenthal, den sie bei dieser Gelegenheit zu „einem der kreativsten Kölner Immobilienunternehmer“ erhebt.

Baukonzerne jubeln. Immobilienspekulanten werden munter. Ein Gebäude aus der historischen Substanz Kölns wird ihnen zum Fraß vorgeworfen. Wir bekommen dafür die Phantasie einer Museumslandschaft, für deren Kosten selbstverständlich die Stadt aufkommen soll.

Klar, anlässlich des städtischen Haushalts 2015 wird wieder von leeren Kassen gesprochen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Im Kommunalwahlkampf haben wir nicht nur über die städtischen Kürzungen gesprochen. Die Wohnungspolitik war ein weiterer Schwerpunkt. Der Architekt Konni Müller, den ich vom Vorstand der Feuerwache kenne, hat uns auf einer KV-Sitzung geholfen, unseren Standpunkt zur städtischen Wohnungspolitik zu finden. In dieser Zeit genoß der Kampf gegen Zwangsräumungen, insbesondere für Kalle Gerigk im Agnesviertel, große öffentliche Aufmerksamkeit. Alle politischen Kräfte dieser Stadt waren zu Stellungnahmen veranlaßt. Alle Parteien versprachen mehr und billigeren Wohnraum. Die Innenstadtgruppe hat sich mit den diesbezüglichen Programmen aller anderen Parteien auseinandergesetzt und eigene Vorstellungen in einer Sonderausgabe von „de rude

Pooz“ propagiert. Wenige, aber klug plazierte Plakate („Mieten runter! Wohnraum schaffen!“) fanden viel Beachtung.

Im Januar ist der Wert des Euro im Verhältnis zum Dollar und zum Schweizer Franken erheblich gesunken. Ursache ist vor allem die Politik der EZB, die unendliche Mengen von Anleihen aufkauft. Die Schwäche des Euro läßt Kapital in die Euroländer strömen. Nicht zuletzt wird dieses Geld in Immobilien angelegt.

Die amerikanische Immobilienberatung Cushman & Wakefield war vor dem Anleihekaufprogramm der EZB von einem Anstieg der Umsätze auf dem europäischen Immobilienmarkt von 5 bis 10 % in diesem Jahr ausgegangen (siehe FAZ 24. Januar 2015). Am 22. Januar erhöhte sie ihre Erwartungen auf 20 %.

Überhaupt legen Versicherungen und andere Kapitalsammelgesellschaften ihr Kapital gerne im Immobilien an.

Abgesehen von den Blasen, die sich hier ankündigen, deutet das auf eine Verteuerung von Immobilien, auf hohe Gewinnerwartungen, die bei den Mieten durchschlagen, Mieter vertreiben und Zwangsräumungen vermehren.

Wir brauchen weitere starke Aktionen gegen Zwangsräumungen wie die im Frühjahr 2014, die vom Bündnis „Recht auf Stadt“ angeregt worden sind. Vielleicht können wir zur Wiederbelebung solcher Initiativen beitragen.

Insgesamt aber wurde der Arbeitsauftrag der KMV vom Oktober 2012 erfüllt, in dem es heißt: „Köln braucht günstigen Wohnraum. Die DKP fordert öffentlichen Wohnungsbau, den Stopp der Energiepreise für die privaten Verbraucher! Keine Stromsperren! Garantie der Grundversorgung mit Haushaltsenergie!

Wir wollen, daß auch künftig den Kindern von Köln-Pass-Inhabern eine Einschulungshilfe in Höhe der tatsächlichen Anschaffungskosten der Erstausrüstung der I-Dötze gewährt wird.

Der Kreisvorstand erarbeitet bis zum Sommer 2013 ein kommunalpolitisches Programm mit dem Schwerpunkten Mieten und Mietnebenkosten.“

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Wirtschaftsaussichten sind schlecht. Ford fährt Verluste ein. Zulieferfirmen entlassen, Lanxess, spezialisiert auf Spezialgummis, nicht zuletzt für Autos, will 1000 Mitarbeiter freisetzen. Karstadt entläßt. Solange es nicht in Gestalt von Crashes oder Schuldenschnitten zu Entwertungen überakkumulierter Massen von Geldkapital kommt, werden sich die Aussichten nicht bessern. Es sind also nicht fehlende Freihandelsabkommen, die Produktion und Handel bremsen, sondern mangelnde Kaufkraft. Aber die Konzerne und gefügte Regierungen sehen das anders. Ihnen sind die Löhne immer noch zu hoch, Bestimmungen über die Arbeitssicherheit, gewerkschaftliche Rechte, Umweltauflagen und Verbraucherschutz gelten ihnen als Handelshemmnisse, die sie mittels TTIP beseitigen wollen.

Seit zwei Jahren konferieren EU und USA über das geplante Abkommen. Trotz strikter Geheimhaltung sickern immer mehr Einzelheiten durch. Vorgesehen ist ein transatlantischer „Regulierungsrat“ von Konzernvertretern, der Gesetze vor ihrer Verabschiedung begutachtet. Und danach können Konzerne mittels Sonderklagerechten privaten Schiedsgerichten ihre Gewinnerwartungen anvertrauen. Insbesondere angesichts der drohenden Privatisierung kommunaler Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge konnte in Köln am 24. März ein Ratsbeschuß gegen TTIP, TiSA und CETA gefaßt werden, der an Deutlichkeit wenig zu wünschen übrig läßt. Und an politischer Breite. Gefaßt haben ihn 79 von 90 Mitgliedern des Stadtrat, von CDU bis PDL. Anlass war ein Bürgerantrag von Christine Reinicke, der vom Kölner Bündnis No-TTIP gestützt wurde. Die Spannbreite der Unterstützer reicht vom KAB über den DGB, Attac,

Grüne bis zur DKP.

Ein solcher Ratsbeschuß fällt nicht vom Himmel. Er ist den weitgespannten Aktivitäten des Bündnisses No-TTIP zu verdanken und zuvor unseren Erörterungen im Kreisvorstand und in den Gruppen. Mittlerweile haben sich fast 2 Millionen Bürgerinnen und Bürger der EU mit ihrer Unterschrift gegen TTIP gewandt und fast 200 Kommunen in der Republik zu TTIP kritisch geäußert. Es werden täglich mehr. In Frankreich läuft eine Kampagne „10 000 Kommunen gegen TTIP“.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Reaktion auf der ganzen Linie, Drang nach Herrschaft, äußerste Zuspitzung der Gegensätze – so kennzeichnete Lenin das imperialistische Stadium des Kapitalismus. Die Umverteilung von Arm zu Reich geht ungehemmt weiter. Das Gesamtbrutto-Vermögen in Deutschland ist auf 11,3 Billionen Euro gestiegen. Ein Prozent der Bevölkerung besitzt 36% davon. Das vermögendste Zehntel der Bevölkerung verfügt durchschnittlich über 1,15 Millionen Euro. Auf der anderen Seite ist jeder zehnte Erwachsene mit 32.600 Euro im Schnitt überschuldet. Die Armut ist erneut angestiegen. 13 Millionen Menschen (= 16,1%) gelten nach der Armutsdefinition der EU als arm. 3,1 Millionen Menschen arbeiten lohnabhängig, ohne von ihrer Arbeit leben zu können. Der Niedriglohnsektor expandiert. Der Paritätische Wohlfahrtsverband gibt die Quote der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren, die von Hartz IV leben und bitterarm sind, mit 15,5% an. Zugenommen hat auch die Altersarmut. Rentnerinnen und Rentner sind zu 15,2% arm, seit 2006 ist diese Quote viermal so stark angestiegen wie in der Gesamtbevölkerung. Mittlerweile nehmen eine halbe Million die Grundsicherung im Alter wahr. Immer mehr sind davon betroffen. Im vergangenen Jahr arbeiteten 7,8 Millionen Menschen prekär. Diese Zahl stieg in den letzten 20 Jahren um mehr als 70 Prozent. Aber auch insgesamt hat die Arbeiterklasse Lohnverluste hinnehmen müssen. Zwar lag die Kaufkraft im vergangenen Jahr mit 1,2% erstmals höher als im Jahr 2000, aber die Lohnquote, also der Anteil der Löhne (plus Sozialbeiträge) am Volkseinkommen, der von 72% im Jahr 2000 auf 64% im Jahr 2007 gesunken war, liegt mit 68% im Jahr 2014 immer mit noch vier Prozentpunkten unter der Marke von 2000. Die Verteilungsverluste betragen 87 Milliarden Euro für das Jahr 2014. Auf der anderen Seite steigen die Profite. Allein im Jahr 2014 stiegen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 3,4% auf 694 Milliarden Euro. Das ist das, was man die soziale Schere nennt, die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. In Köln sind die Zahlen schlimmer, hier ist jeder 10. Erwachsene überschuldet, jedes vierte Kind arm.

Auch ein weiterer Arbeitsauftrag harret noch seiner Realisierung. Er lautet: „Wir entwickeln in enger Zusammenarbeit mit der SDAJ ein jugendpolitisches Programm für Köln.“

Und damit komme ich zu den heikleren Fragen unserer Politik. Auf dem Parteitag in Mörfelden am 2. März konnte ich noch strunzen:

„Vielleicht ist eine Besonderheit in Köln, daß hier eine aktive und clevere Gruppe von SDAJlern erfolgreich unter Schülern und jungen Arbeitern wirkt. Tatsächlich ist eine Reihe von ihnen in die DKP eingetreten. Wir haben seit Jahren ein sehr gutes Verhältnis zur Kölner SDAJ. Sie war führend bei den Bildungstreiks, hat anlässlich der Aktionen des Bündnisses UmFAIRteilen ein Jugendbündnis zustande gebracht. Wir haben die jungen Genossinnen und Genossen in ihren antifaschistischen Aktivitäten 'Grundgesetz und Demokratie verteidigen, NPD verbieten' unterstützt. Indessen wurde just diese Losung von führenden SDAJlern als revisionistisch abgelehnt.“ Der Streit, auf den ich hier andeutungsweise Bezug genommen habe, hat sich im Frühjahr 2013 zugespitzt. Und zwar so sehr, daß er zu unüberbrückbaren persönlichen Differenzen führte. In vielen Gesprächen haben wir uns bemüht, ihn beizulegen. Denn er schien uns politisch durchaus nicht unüberbrückbar. Es half aber nichts, Thomas Liermann, mittlerweile zum Vorsitzenden unserer Bezirksorganisation gewählt und und Nico Quittmann, sorgten für eine Spaltung der Organisation. Sie mußten von ihren Bezirksfunktionen zurücktreten und verließen schließlich auch

die Partei. Ihnen folgte ein großer Teil der Kölner SDAJ. Wir haben dadurch viele junge Genossinnen und Genossen verloren. Hoffnungsvolle Ansätze der Belebung der Ehrenfelder Gruppe verdorrten. Mit den verbliebenen jungen Genossinnen und Genossen der SDAJ konnte das vormals recht enge Verhältnis und Verständnis noch nicht erreicht werden. Tatsächlich wirken hier mehr oder weniger begründete Vorbehalte, die vorwiegend aus den Konflikten der Parteidiskussion rühren. Selbstverständlich spielen diese Konflikte und der Umgang damit im Kreisvorstand, in den Parteigruppen und wahrscheinlich heute auf der KMV ihre Rolle. Deswegen möchte ich kurz darauf eingehen.

Ich hoffe, ich bin in der Einleitung zum Bericht deutlich genug geworden. Denn wir tragen in der Partei einen Konflikt über Kernfragen unserer Strategie aus. Dieser Konflikt ist gar nicht neu. Seit der Gründung der KPD begleitet er uns. Der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale hatte den Fehler der Sozialfaschismustheorie zu korrigieren. Das tat auch der Aufruf des ZK der KPD vom Juni 1945, der wiederum durch die Widrigkeiten des Kalten Krieges hinfällig wurde. Die internationale kommunistische Bewegung müht sich noch ab, die Niederlage des Realen Sozialismus wissenschaftlich zu erklären. Die Fortschritte sind noch gering. Häufig reduziert sich die Analyse auf subjektive Mängel der Funktionäre, insbesondere auf ihre mangelhafte revolutionäre Haltung. Ich empfehle dagegen die Lektüre des Parteiprogramms, es finden sich darin wichtige Aussagen zu diesem Thema.

Was sind denn diese Grundfragen? Die Antwort fällt nicht leicht, weil wir die abgeleiteten Probleme abtrennen müssen. Natürlich fallen uns zunächst die Mängel der Gegenseite auf, persönliche Unzulänglichkeiten, mangelnde Neigung zur Offenheit, das Bedürfnis zu fraktionieren, schlichte Dummheiten, während uns Klugheit und andere hervorragende Fähigkeiten entgehen. Die liegen aber auf jeder Seite vor. Ich habe auf der ao BDK vom 27. Oktober 2013, als wir anlässlich der notwendig gewordenen Neuwahlen zusammenkamen, versucht, den Kern des Konflikts herauszuarbeiten und mich dabei des Wintermärchen von Heinrich Heine und des Stalinbuchs von Domenico Losurdo bedient.

Wir wollen auf Erden glücklich sein,
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben.

Es wächst hienieden Brot genug
Für alle Menschenkinder,
Auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust,
Und Zuckererbsen nicht minder.

Ja, Zuckererbsen für jedermann,
Sobald die Schoten platzen!
Den Himmel überlassen wir
Den Engeln und den Spatzen.

Wir dürfen sicher von einer sozialistischen Utopie sprechen, auf die Heine mit dem „Himmelreich“ deutet. Hier sind die Rosen, Myrten, Schönheit, Lust und Zuckererbsen zuhause. Wir würden heute womöglich von Gummibärchen reden, damit der ironische Unterton nicht verloren geht. Ganz ernst hingegen ist die Kritik am utopischen Charakter dieses Paradieses, das uns die widrigen Zustände auf Erden erträglich statt veränderlich machen soll. Heine bringt in Verse, was Marx zur selben Zeit in Prosa fasste: „Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes. Die Aufhebung der

Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks. Die Forderung, die Illusionen über einen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf. Die Kritik der Religion ist also im Keim die Kritik des Jammertales, dessen Heiligenschein die Religion ist.“ (MEW 2, 378/9)

Dieser Hintergrund erfordert Aufmerksamkeit bei der Betrachtung der ideologischen Zustände samt ihrer religiös tradierten Einschlüsse und Sedimente in der jungen Sowjetunion. Domenico Losurdo setzt sich in seinem Stalinbuch mit der sozialistischen Variante dieses Himmelreiches auseinander, wenn er den Widerspruch der Schönheit des echten Sozialismus und Kommunismus einerseits und der hoffnungslosen Mittelmäßigkeit der Lage der Sowjetunion nach dem Bürgerkrieg bis zum Anfang der dreißiger Jahre andererseits vermerkt. Er sagt: Die messianische Vision der künftigen Gesellschaft wurde bei der Einführung des NEP heftig enttäuscht. Die Neue Ökonomische Politik konnte Lenin 1921 nur gegen erheblichen Widerstand in der Partei durchsetzen. Nach dem XV. Parteitag 1927 wurde sie aufgegeben. Ihr Hauptmerkmal waren marktwirtschaftliche Elemente in der Landwirtschaft, im Handel und selbst in der Industrie mit der Folge, dass sich zur Entrüstung der Kommunisten Kapital herausbildete. Trotzki erkläre den Widerspruch von Vision und gesellschaftlicher Realität mit Verrat. Losurdo führt die Gründung der IV. Internationale im Jahre 1938 auf ihren „abstrakten Universalismus“ zurück. „Exaltierten Universalismus“ nennt er das an anderer Stelle (S. 142). Er schreibt: „Keine Ordnung kann den Anspruch der direkten, unvermittelten Verwirklichung der Allgemeinheit erfüllen, der vom Anarchomessianismus vorgebracht wird.“ (S. 142). Nach Losurdo gerate das Pathos der Allgemeinheit zu einer leeren Phrase, wenn es den konkreten und bestimmten Inhalt vermeide. Just dieser konkrete und bestimmte Inhalt werde als Verrat empfunden. „Die eigentlich ideologische Komponente des Terrors verweist dagegen auf den Kult der abstrakten Allgemeinheit und Utopie“ (S. 143). Dieser „Kult der abstrakten Allgemeinheit und Utopie“ scheint mir mit zeitlichem und geografischem Abstand zum realen Sozialismus noch zu wachsen und an die Stelle praktischen Umgangs und wissenschaftlicher Beschäftigung mit seinen unvollkommenen Zuständen zu treten. Der „Kult der abstrakten Allgemeinheit und Utopie“ hat vielerlei Gestalt, harmlos als symmetrisch in der Zimmerecke plazierte kommunistische Devotionalien, kämpferisches T-shirt oder Sammlung ewiger Wahrheiten, weniger harmlos als damit begründeter Führungsanspruch. In der Regel und auf Dauer schmilzt er im geselligen Kontakt mit Freunden anderer Couleur, überhaupt in der politischen Praxis unserer Partei dahin, sobald wir unser allgemeines Ziel in strategische Planung und taktische Schritte übersetzen, ohne dieses Ziel, den Sozialismus aus den Augen und den damit verbundenen Enthusiasmus aus dem Herzen zu verlieren.

Das indes kann auch passieren. Denn auf der anderen Seite verfügt der Kapitalismus und die Kapitalisten über weitreichende und subtile Mittel, widerständige Kräfte der Arbeiterklasse einzubinden. Die Genossinnen und Genossen, die als Betriebsräte ihre Kleinarbeit der Interessenvertretung machen, die Gewerkschafter und Vertrauensleute werden nicht mit jeder Tagesfrage die Perspektive des Sozialismus verbinden können, zumal nicht nur sozialpartnerschaftlich orientierte Gewerkschafter eine starke Bindung an den Standort vermitteln. Häufig stellt es eine Gratwanderung dar, die unmittelbaren Interessen der Kolleginnen und Kollegen mit den langfristigen und internationalen Interessen der Klasse zu verknüpfen. Diese politische Kunst wird beherrscht in dem Maße, wie unsere GenossInnen, die sich in Betrieb und Gewerkschaft engagieren, in der Partei Respekt für ihre Arbeit, Aufmerksamkeit und Solidarität erfahren. Dabei gibt es jede Menge kontroverser Themen, über die wir uns mit und in den Gewerkschaften verständigen müssen. Vor einigen Tagen ist z.B. das Tarifeinheitsgesetz, das sich gegen das Streikrecht richtet, durch den Bundestag gegangen. Wenn es noch beim Verfassungsgericht scheitern soll, ist Bewegung dagegen notwendig.

Die Gewerkschaften arbeiten daran, die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern. Zunehmend kommt die Arbeitszeitverkürzung in die Diskussion. Man könnte den Eindruck gewinnen, daß mehr

gestreikt wird als sonst. Das ist aber nur eingeschränkt richtig. Im vergangenen Jahr (2014) gingen 155 000 Arbeitstage durch Streiks verloren, vier Jahre vorher (2010) waren es nur knapp 25 000. Vor allem betraf das den Dienstleistungssektor, wo Streikfolgen öffentlicher und deutlicher zu spüren sind. Immerhin sind im laufenden Jahr schon 340 000 Streiktage angefallen. Aber in den Boomjahren vor der Finanzkrise wurde mehr gestreikt. 2006 fielen 400 000 Arbeitstage durch Streiks aus. Der Höhepunkt in der Vergangenheit stellte das Jahr 1984 dar mit 3 Millionen Streiktage. Im internationalen Vergleich wird bei uns nur wenig gestreikt. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) kommt auf die Quote von 14 Streiktage je 1000 Beschäftigte. In Frankreich sind es 139, in Dänemark 135, in Belgien 77. Nur in Österreich, Polen und der Schweiz wird noch weniger als in Deutschland gestreikt.

Viele von uns haben gewerkschaftliche und betriebliche Funktionen und tragen dazu bei, die Gewerkschaften zu stärken.

Ich möchte mal einige stellvertretend nennen: Volker ist Betriebsrat, ebenso Peter T., Anne Vorsitzende der Mitarbeitervertretung (MAV), Christine nach wie vor sehr engagiert bei Verdi, Heinrich ist Delegierter und bei den IG-Metall-Senioren aktiv.

Leider haben wir unser Ziel, unser gewerkschaftlich und betrieblich engagierten Genossinnen und Genossen häufiger zu Beratungen zusammenzurufen, nur unzulänglich erreicht. Der Arbeitsauftrag der KMV von 2012 lautete: „Angesichts der Wirtschaftsprognosen in der Folge der Krise wird es auf die Kampfbereitschaft der Gewerkschaften ankommen. Der Kreisvorstand organisiert Beratungen zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit.“ Meines Wissens ist das mindestens einmal, und zwar im Oktober 2013 gelungen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Im Berichtszeitraum seit Oktober 2012 haben wir 16 neue Mitglieder aufnehmen können, ein weiteres wurde durch Zuzug gewonnen. Aber damit haben wir die Verluste, insbesondere im Zuge der Neuausgabe der Mitgliedsbücher, nicht wettmachen können.

Aber wir haben Gruppen, die in der Lage sind, neue Mitglieder aufzunehmen und zu halten.

Neue Mitglieder kommen nur, wenn das Gruppenleben attraktiv ist. Attraktiv ist letztlich der politische Erfolg. Er wird aber nicht eintreten ohne das Engagement der Mitglieder, die in der Lage sind, auf der Grundlage des Programms Politik zu entwickeln, als GenossInnen aufzutreten, unsere Politik selbständig umzusetzen und andere zu überzeugen. Eine erfolgreiche Gruppe tagt öffentlich und wirkt öffentlich. Sie plant ihre Aktivitäten, setzt sie kollektiv um und folgert aus den Ergebnissen, wie sie ihre Arbeit verbessern kann. Das wird nicht ohne Studium des Programms und marxistischen Grundwissens gehen. Gruppenabende werden von einem regelmäßig tagenden Gruppenvorstand vorbereitet. In der Regel analysiert die Gruppe politische aktuelle Konflikte und erarbeitet Aussagen und Haltungen, nach Möglichkeit und zwecks Verbreitung in schriftlicher Form. Die MV sollte langweilige Diskussionen vermeiden und aus gewonnenen Erkenntnissen praktische Schlußfolgerungen ziehen. Der Vorstand setzt die Kräfte der Gruppe richtig ein, so daß aus der realistischen Bewertung ihrer Aktivitäten Wertschätzung, Ermutigung, womöglich sogar Spaß erwächst. Es hilft, wenn die Gruppe auch ihre kulturellen und Freizeit-Interessen ernst nimmt, sich über und mittels Filmen, Literatur, Ausstellungen verständigt. Erst aus der wiederholten Abfolge von Planung, Aktivität und realistischer Einschätzung gewinnt die Gruppe an Erfahrung, erfährt Gemeinsamkeit. Wenn solche Erfahrungen ausbleiben, sind die übergeordneten Leitungen zu einer realistischen Auswertung von Aktivitäten und Ausstrahlung der Gruppen kaum in der Lage. Die Grundorganisation ist der Ort, wo die Partei geerdet wird, die Genossinnen und Genossen ihre Erfahrungen austauschen, die nächsten Schritte diskutieren, um gemeinsame Positionen ringen und ihre Kräfte richtig einzuschätzen lernen und einsetzen. So entwickeln sich die Genossinnen und Genossen zu Menschen, die selbständig, hartnäckig und zielsicher die richtigen Fragen im Wohngebiet, im Betrieb, in der Gewerkschaft oder im Bündnis aufgreifen können. Auf dieser Basis und unter Berücksichtigung ihrer Erfahrungen lassen sich theoretische Fragen erörtern und

beantworten und nächste Ziele bestimmen. Es geht um die Aktivität der Gruppe, sie wächst, wenn sie in der Lage ist, selbstständig im Stadtteil und in Bündnissen zu wirken. Eine solche Gruppe ist auch ein Rückhalt für den Genossen, der Genossin im Betrieb.

Der das Parteilieben betreffende Auftrag der KMV vom Oktober 2012 lautet: „Der Kreisvorstand kümmert sich um ein interessantes Parteilieben. Insbesondere ist dafür zu sorgen, daß sich die Wohngebietsgruppen regelmäßig und nach Möglichkeit öffentlich treffen. Ihre Vorstände entwickeln Arbeitspläne für die Öffentlichkeitsarbeit mit Flugblättern, Freiverkauf der UZ und Infoständen. In den Gruppen werden Bildungsabende durchgeführt und Veranstaltungen der KL-Schule beworben.

Kreisweit bieten wir marxistische Zirkel im Rahmen der MASCH an.“

Letzteres geschieht mit wechselndem Erfolg. Gegenwärtig ist Lohn, Preis, Profit das Thema. Dank an Dirk und Wolfgang Reinicke-Abel.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ein weiterer Arbeitsauftrag der KMV lautete: „Zusammen mit der VVN und anderen antifaschistischen Gruppen beteiligen wir uns an Aktionen gegen rassistische und neofaschistische Demagogen.“

Diesbezüglich hatten wir viel zu tun. Zunächst mal ein paar Sätze über eine seit 1996 jährlich wiederkehrende Veranstaltung am Auschwitztag in der Antoniterkirche. In der Regel ist sie am 27. Januar überfüllt. Ich arbeite seit einigen Jahren in der Projektgruppe mit, die diese Veranstaltung vorbereitet. Das ist vom Zeitumfang, aber auch bezüglich des Niveaus anspruchsvoll. Aber es lohnt sich für uns, in diesem beispielhaft breiten Bündnis mitzuarbeiten. In diesem Jahr ging es um das Schicksal der Kölner Künstler in der Nazizeit, im vergangenen Jahr wurde an das Ende des Krieges 1944, den Widerstand in dieser Zeit unter Einschluß der Kommunisten erinnert. Im Januar 2013 waren Thema die Wochen des Terrors gegen Linke und Kommunisten in den ersten Monaten des Jahres 1933 in Köln.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Am 26. Oktober vergangenen Jahres rotteten sich mehrere Tausend Nazihooligans auf dem Breslauer Platz zusammen. Die Gegendemonstration auf dem Bahnhofsvorplatz war für Kölner Verhältnisse nicht schlecht, aber die Menge stand zu der hinter dem Bahnhof in einem offenkundigen Mißverhältnis. Das Erschrecken darüber verwandelte die SDAJ mit einem kurzfristigen Aufruf, der vor allem über Facebook Verbreitung fand, zu einer Demonstration am 2. November. 3000 Menschen folgten ihm. Es war eine der schönsten Demonstrationen des vergangenen Jahres. Es folgte noch eine, die von Arsch huh im Dezember routiniert organisiert wurde.

Der Januar wurde dann geprägt durch wöchentlich fällige Mobilisierungen gegen den Kölner Ableger von Pegida, bis Kögida mangels Zuspruch aufgab. Der Versuch einer Neuauflage am Mittwoch vergangenen Woche scheiterte ebenfalls mangels Personal. Insgesamt haben sich schätzungsweise bundesweit über 200 000 Menschen an den Protesten gegen Pegida und ihre Ableger beteiligt. Dieser Versuch einer rechten Massenbewegung, denke ich, ist zunächst gescheitert.

Wichtig waren auch die bundesweit kaum zählbaren Aktionen und Demonstrationen anlässlich des 70. Jahrestags der Befreiung. In Köln haben wir uns beteiligt an der Kundgebung am Denkmal für die Opfer der Gestapo und der Demonstration am Folgetag „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“.

Liebe Genossinnen und Genossen,

für KommunistInnen ist der Kampf um den Frieden selbstverständlich, aber wir haben ihm auch einen Absatz im Beschluß der KMV vom Oktober 2012 gewidmet: „Die Bundeswehr hat in fremden Ländern nichts zu suchen. Jugendoffiziere sollen sich von den Schulen fernhalten. Weg mit

Kriegs- und Rüstungsforschung in den Hochschulen! Wir wenden uns überhaupt gegen die militärische Durchdringung ziviler Einrichtungen.

Angesichts wachsender Kriegsgefahren, aktuell gegen Syrien und den Iran, beteiligt sich die Kölner DKP an den fälligen Friedensaktionen.“

Im August 2013 geriet Syrien in die Schlagzeilen. Seiner Armee wurde ein Giftgasangriff gegen Zivilisten unterstellt, Vorwand für die US-Regierung, eine militärische Intervention anzudrohen.

Der unmittelbare Angriff konnte abgewendet werden, um so wirkungsvoller ist aber die Unterstützung für terroristische Bürgerkriegsparteien, namentlich für den sogenannten islamischen Staat. Aber auch die Türkei und arabische Staaten sind an der Zerlegung Syriens beteiligt.

Im Februar wurde in der Ukraine die gewählte Regierung von Rechtskräften unter Einschluß von Faschisten weggeputscht. Am nächsten Tag schon verbot sie die russische Sprache. Wir erinnern uns des Massakers im Gewerkschaftshaus in Odessa. Dem folgenden Bürgerkrieg droht die Internationalisierung. Die NATO läßt keine Gelegenheit zur Provokation an den russischen Grenzen aus, beschwert sich im Gegenzug aber über militärische Verbände jenseits der Grenze.

Beide Kriegsherde waren bald Anlaß zur Besorgnis, prägten die Themen auf den Ostermärschen, aber ließen auch die Kölner DKP nicht ruhen. Insbesondere die Innenstadtgruppe hat mehrere Aktionen zum Thema gemacht und angeregt. Am 4. Mai vergangenen Jahres habe ich es mir nicht nehmen lassen, nach Kassel zum Ausschuß des Friedensratschlag zu fahren, um mich über geplante Aktionen zu informieren, aber auch welche anzuregen.

Der Zusammenhang von Krise, Krieg und faschistischen Tendenzen ließ mir keine Ruhe. Auf der Theoriekonferenz im Februar habe ich mich vor allem auf dieses Thema konzentriert, auf die Darstellung dieses Zusammenhangs, der im Leitantrag nur als Lücke vorkommt.

Seit Dezember letzten Jahres beschäftigten wir uns im Kreisvorstand mehrfach mit dem Leitantrag, entwickelten auf einem Seminar am 1. März eigene Anträge dazu, ein Teil liegt heute vor. Wir haben uns intensiv mit den Fragen unserer Strategie, insbesondere des Kampfes um Demokratie, auseinandergesetzt, mit dem zu eng gefaßten Begriff von Produktivkraftentwicklung, mit dem schon genannten gesetzmäßigen Zusammenhang von Krise und Krieg und mit dem geforderten Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich wünsche mir von unserer heutigen KMV Ermutigung. Wir haben sie nötig, insbesondere, weil die Parteidiskussion bei vielen Genossinnen und Genossen manchmal Rückzug, nicht selten Minderung des Enthusiasmus zur Folge hat. Den brauchen wir aber.

Klaus Stein, Köln 30. Mai 2015